



Register 16

Höchstspannungsleitung

Osterath – Philippsburg; Gleichstrom

Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1

BBPIG („Ultranet“)

Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik (HGÜ)

Hier:

Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststel- lungsverfahren für den Abschnitt

Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz

Belang: Öffentliche Sicherheit (Kampfmittel/ Verdachtsflächen)

Inhaltsverzeichnis

1	Aufgabenstellung.....	3
2	Kampfmittel und die Ermittlung entsprechender Verdachtsflächen	3
3	Verzeichnis über Literatur zum Erläuterungstext	3

1 Aufgabenstellung

Gemäß Untersuchungsrahmen der Bundesnetzagentur für die Planfeststellung vom 15.12.2022 ist in den vorzulegenden Unterlagen nach § 21 NABEG als Angaben zu sonstigen öffentlichen und privaten Belangen der Umgang mit Kampfmitteln und die Ermittlung entsprechender Verdachtsflächen darzulegen.

Notwendige Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG sind mit der Umsetzung des Vorhabens im gegenständlichen Abschnitt „Landesgrenze NRW/RLP – Pkt. Koblenz“ nicht verbunden.

2 Kampfmittel und die Ermittlung entsprechender Verdachtsflächen

Im Zusammenhang mit der Erstellung der Bauausführungsunterlagen wird nach Vorlage des Planfeststellungsbeschlusses auch noch eine Baugrunderkundung der Maste, bei denen eine Fundamentverstärkung vorgesehen ist, stattfinden. Im Rahmen derer werden die geplanten Maststandorte dahingehend überprüft, ob Kampfmittel im Boden vorhanden sind.

In Rheinland-Pfalz erfolgt die Prüfung durch die zuständige Landesbehörde, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Kampfmittelräumdienst Rheinland-Pfalz. Vor Baubeginn wird auf Veranlassung der Vorhabenträgerin eine entsprechende Luftbildauswertung durchgeführt. Liegen keine konkreten Gefahrenhinweise vor, besteht dennoch die Möglichkeit mit geeigneten Fachunternehmen Untersuchungen durchzuführen.

Bei einer möglichen Kontamination als Ergebnis der Luftbildauswertung wird eine Tiefensondierung durch den beauftragten Kampfmittelräumdienst vorgenommen.

Bei einer positiven Kontamination als Ergebnis der Tiefensondierung wird die zuständige Landesbehörde informiert und diese entscheidet über die weitere Vorgehensweise.

Bei Munitionsfunden ist das zuständige Ordnungsamt, bzw. bei Gefahr im Verzug ist die Polizei zu informieren (ADD, 2021).

3 Verzeichnis über Literatur zum Erläuterungstext

ADD (2021): Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Abteilung 2 – Kommunales, Ausländer- und Flüchtlingswesen, Sicherheit und Ordnung, Bevölkerungsschutz (2021): Kampfmittelräumdienst Rheinland-Pfalz, Organisation, Zuständigkeiten, Verfahren